

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Werner Hoyer, Birgit Homburger, Hellmut Königshaus, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Paul K. Friedhoff, Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Dr. Christel Happach-Kasan, Elke Hoff, Gudrun Kopp, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Michael Link (Heilbronn), Markus Löning, Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Frank Schäffler, Dr. Konrad Schily, Marina Schuster, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

**zu der zweiten Beratung des Antrags der Bundesregierung
– Drucksachen 16/10473, 16/10567 –**

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolution 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt Resolution 1833 (2008) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag dankt allen in Afghanistan tätigen deutschen Soldaten, Polizisten, Diplomaten, Beratern und Angehörigen ziviler Hilfsorganisationen für ihren engagierten, professionellen und mutigen Einsatz beim Wiederaufbau des Landes. Gemeinsam verfolgen wir das Ziel, Afghanistan zu befrieden, zu stabilisieren und dem Land die Chance zum Aufbau einer überlebensfähigen Staatsordnung, basierend auf Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, zu geben. Der Deutsche Bundestag gedenkt aller, die bei der Realisierung dieser Ziele ihr Leben verloren haben, und spricht jenen ihr Mitgefühl aus, die bei ihrer Arbeit in Afghanistan zu Schaden gekommen sind.

Eine Reduzierung der internationalen Truppenpräsenz wird erst möglich sein, wenn die afghanische Regierung aus eigener Kraft Sicherheit im Land garantieren kann. Dies ist jetzt noch nicht der Fall. Die derzeitige Lage ist gekennzeich-

net durch ein gemischtes Bild aus erfolgreichen Wiederaufbauprojekten und einer deutlichen Verschärfung der Sicherheitslage. Neben dem Wiederaufbau müssen daher die Ausbildung von Soldaten und Polizisten sowie der Aufbau eines funktionierenden Justizsystems oberste Priorität haben.

Die Bundesregierung hat die langjährige Führungsrolle Deutschlands beim Polizeiaufbau nicht im Ansatz zufrieden stellend ausgefüllt. Eine gravierende Verbesserung der Situation ist auch nach der Übernahme dieser Aufgabe durch die Europäische Union (EU) nicht erkennbar. Im Bereich der Polizeiausbildung sind die Defizite dramatisch. Der Deutsche Bundestag erwartet deshalb, dass die Bundesregierung ihre Bemühungen beim Polizeiaufbau deutlich verstärkt und auf die Polizeiausbildung ausrichtet, sowie innerhalb der EU energisch auf ein stärkeres Engagement hinwirkt.

Der Deutsche Bundestag misst dem Konzept der vernetzten Sicherheit auch weiterhin zentrale Bedeutung zu. Zivile Wiederaufbaubemühungen ohne die Präsenz der ISAF wären in Afghanistan derzeit nicht möglich. Der Deutsche Bundestag erwartet deshalb von der Bundesregierung, dass sie das Konzept der vernetzten Sicherheit konsequenter als bisher umsetzt und bei unseren Partnern vehement für diesen Ansatz wirbt.

Hinsichtlich der Kernprobleme in Afghanistan, d. h. terroristische Aktivitäten und Aufstandsbewegungen, Drogenhandel und Waffenschmuggel, ist eine stärkere regionale Kooperation dringend erforderlich. Dies gilt besonders mit Blick auf Pakistan, wo noch immer die Grenzgebiete zu Afghanistan den Taliban als Rekrutierungs- und Rückzugsort dienen.

Der Deutsche Bundestag nimmt das Angebot der Shanghai Cooperation Organization (SCO) vom 28. August 2008 zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit der ISAF hinsichtlich der Bekämpfung des Drogenhandels interessiert zur Kenntnis, und fordert die Bundesregierung auf, gemeinsam mit unseren Partnern entsprechende Möglichkeiten konkreter Kooperation zu prüfen.

Zugleich muss der Wiederaufbau in Afghanistan erheblich verstärkt werden. Dies schließt auch die Bekämpfung der Korruption in der afghanischen Regierung und Verwaltung ein. Insbesondere im Vorfeld der im Jahr 2009 anstehenden Wahlen in Afghanistan müssen Deutschland und die internationale Gemeinschaft bei der Regierung unter Präsident Hamid Karzai die konsequente Bekämpfung der Kriminalität innerhalb des afghanischen Staatsapparates durchsetzen. Die Ernennung eines neuen Innenministers durch den Präsidenten Hamid Karzai ist in dieser Hinsicht als ermutigendes Signal zu werten.

Der Deutsche Bundestag nimmt die Versicherung der Bundesregierung zur Kenntnis, dass unter diesem Mandat ein Einsatz von AWACS-Flugzeugen weder beabsichtigt noch möglich ist. Er fordert die Bundesregierung auf, deutlich zu machen, dass eventuelle Änderungen im OEF-Mandat (OEF: Operation Enduring Freedom) keine Auswirkungen auf den nach wie vor möglichen Einsatz von Spezialkräften unter dem ISAF-Mandat haben. Zudem erwartet der Deutsche Bundestag eine offenere Informationspolitik der Bundesregierung gegenüber dem Parlament, insbesondere hinsichtlich des Zugangs zu Dokumenten, die der Geheimhaltung unterliegen. Es ist nicht akzeptabel, wenn dem Deutschen Bundestag über Wochen wesentliche NATO-Dokumente zum Afghanistanereinsatz vorenthalten werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. das Konzept der vernetzten Sicherheit konsequent umzusetzen;
2. den Polizeiaufbau, insbesondere im Bereich der Ausbildung, deutlich zu forcieren;

3. neben den militärischen und polizeilichen auch die zivilen Wiederaufbau-bemühungen zu verstärken und insbesondere die Koordinierung des Wieder-aufbaus zu verbessern;
4. im Rahmen der internationalen Gemeinschaft dafür Sorge zu tragen, dass ein funktionierendes Justizsystem installiert wird;
5. gemeinsam mit den Partnern die afghanischen Sicherheitskräfte so zu unter-stützen, dass diese energischer und erfolgreicher als bisher Schlafmohnanbau und Drogenhandel bekämpfen können;
6. gegenüber der afghanischen Regierung deutlich zu machen, dass die konse- quente Bekämpfung von Korruption und anderer schwerer Kriminalität in der afghanischen Regierung und Verwaltung mit wesentlich mehr Nachdruck verfolgt werden muss;
7. für eine bestmögliche Ausrüstung der eingesetzten Soldaten Sorge zu tragen;
8. bei unseren Partnern nachdrücklich für einen stärkeren regionalen Ansatz bei der Bewältigung der aktuellen Herausforderungen und eine pragmatische Zu- sammenarbeit mit allen von den Problemen in Afghanistan betroffenen Län- dern in der Region zu werben;
9. dem Deutschen Bundestag alle relevanten Informationen hinsichtlich der aktuellen Entwicklungen und der internationalen Stabilisierungsbemühun- gen ohne Zeitverzug zur Verfügung zu stellen.

Berlin, den 14. Oktober 2008

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion

